

NACHRICHTEN

Italien scheitert mit Entschädigungsklage

Den Haag. Im Streit um italienische Entschädigungsansprüche wegen Verbrechen deutscher Soldaten im Zweiten Weltkrieg hat Deutschland einen juristischen Teilerfolg errungen. Der Internationale Gerichtshof in Den Haag lehnte eine Gegenklage Italiens ab. Rom wollte damit gegen die deutsche Klage vorgehen, die darauf abzielt, italienische Gerichtsentscheidungen gegen den deutschen Staat außer Kraft zu setzen. Italien fordert etwa eine Million Euro Entschädigung wegen des Massakers der Wehrmacht im toskanischen Civitella im Juni 1944. (afp)

Gewalt gegen Usbeken hält an

Genf/Bischkek. In Kirgistan werden auch nach dem Ende der Unruhen weiterhin Usbeken gefoltert. Die UN-Menschenrechtskommissarin Navi Pillay erklärte gestern in Genf, ihr lägen Berichte über Folter und die Inhaftierung Hunderter Usbeken aufgrund ihrer Herkunft vor. Den Sicherheitskräften werde vorgeworfen, Geständnisse zu erzwingen, Gefangene zu schlagen und zu erpressen und deren Familie zu bedrohen. Die Behörden griffen nicht ein, hieß es. (apn)

Von Beust zieht es in die Wirtschaft

Hamburg. Der scheidende Hamburger Bürgermeister Ole von Beust (CDU) plant einen Wechsel in die Wirtschaft. Das bestätigte eine Senatssprecherin. Von Beust schlägt damit den gleichen Weg ein wie Hessens Ministerpräsident Roland Koch (CDU), der auch nach seinem Ende August geplanten Rücktritt in die Wirtschaft wechseln will. Mit 55 Jahren ist von Beust bereits pensionsberechtigt. Ihm stehen noch drei Monate lang das volle Gehalt von 13.577 Euro zu. Es folgen zwei Jahre mit einem Übergangsgeld, das halb so hoch wie sein Gehalt ausfällt. Anschließend würde er 613,9 Euro Ruhegeld erhalten. (apn)

EU-Konzept für Wegfahrsperrn

Brüssel. Schulbus- und Lastwagenfahrer in der EU sollen künftig mit einer Wegfahrsperrn daran gehindert werden, sich betrunken ans Steuer zu setzen. Die EU-Kommission stellte gestern in Brüssel einen Aktionsplan für mehr Verkehrssicherheit vor, der die Einführung so genannter Alcolocks vorsieht. Das sind kleine Plastikboxen, die am Armaturenbrett befestigt sind. Bevor der Fahrer losfährt, bläst er durch ein Röhrchen hinein. Wird mehr als eine voreinstellbare Alkoholkonzentration gemessen, blockiert das System den Motor. (epd)

Neue Ermittlungen wegen Missbrauchs

Eckernförde. Ein neuer Fall von sexuellem Missbrauch belastet die nordelbische evangelische Kirche. Die Staatsanwaltschaften Kiel und Hamburg ermittelten gegen einen 48-jährigen Gemeindepastor aus dem Kreis Rendsburg-Eckernförde. Der Pastor ist mittlerweile vom Dienst suspendiert. Am Wochenende war die Hamburger Bischöfin Maria Jespen zurückgetreten. Ihr war vorgeworfen worden, auf einen Missbrauchsfall unangemessen reagiert zu haben. (epd)

ZITAT DES TAGES

„Harmonie im Falschen ist der schlechteste Wegbegleiter.“

CSU-Chef Horst Seehofer in der „Passauer Neuen Presse“ über das Auftreten seiner Partei in der Berliner Koalition.

Wieviel Wissen steckt im Brokkoli?

Patentamt berät zum Schutz gezüchteter Pflanzensorten – Gegner fürchten Verlust der Vielfalt – Wissenschaftler gegen Schwarz-Weiß-Debatte

Seit gestern berät das Europäische Patentamt, ob ein Patent auf gezüchtete Pflanzen erhoben werden kann. Fast reflexartig melden sich Gegner zu Wort. Doch es gibt gute Argumente für Patente auf speziell gezüchtete Pflanzen.

VON EVA PRASE

München/Zürich. Das Europäische Patentamt hat zwei Fälle zu entscheiden, in denen es um Brokkoli und Tomaten geht. Der Brokkoli wurde dahingehend gezüchtet, dass er eine hohe Anzahl krebsvorbeugender Stoffe enthält. Bei den Tomaten handelt es sich um eine besonders wasserarme Sorte, die in Israel gezüchtet wurde, wo Wasser äußerst knapp ist. Die Zuchtverfahren für beide Pflanzensorten sind patentiert. Doch dagegen hatten mehrere Unternehmen Einspruch eingelegt. Laut der Biopatentrichtlinie kann nämlich kein Patent erteilt werden, wenn „im Wesentlichen biologische Verfahren zur Züchtung“ verwendet wurden. Das Patentamt wird nun bis Jahresende über die Auslegung dieser Regel entscheiden.

Front der Patentierungsgegner

Dass sich nun gestern nahezu reflexartig Umweltschützer, Greenpeace-Experten, Bauern und auch die deutsche Agrarministerin Ilse Aigner (CSU) gegen die Patentierung zu Wort meldeten, zeigt, wie brisant das Thema ist und dass es um mehr geht als um Gemüse. Im wesentlichen fürchtet die Fraktion der Patentierungsgegner, dass die biologische Vielfalt verloren geht, wir demnächst nur noch wenige Nutzpflanzen-Sorten haben. Zudem könnten, so Greenpeace, wenige Agrar- und Nahrungsmittelkonzerne „die ganze Lebensmittelproduktion kontrollieren mit steigenden Abhängigkeiten und Preisen für Landwirte und Verbraucher“.

Philipp Aerni kennt die Argumente und findet, dass sie der heutigen Entwicklung in Forschung und Industrie nicht genügend Rechnung tragen. „Patente geben Unternehmen einen wichtigen Anreiz, um in neues Wissen zu investieren. Daraus entstehen neue Produkte und Technologien, welche der Gesellschaft helfen, Probleme zu lösen, die mit alten Technologien nicht



Programmierter Protest: Demonstranten von Greenpeace gestern vor dem Europäischen Patentamt in München.

–FOTO: UWE LEIN/APN

mehr gelöst werden können.“ Aerni muss man nicht Naivität nachsagen oder unterstellen, er sei von der Industrie gekauft. Er ist Agrarwissenschaftler an der angesehenen Eidgenössischen Hochschule Zürich. In der Gentechnik-Debatte in Europa, so seine Kritik, scheine nur der Risikodiskurs als legitim und objektiv zu gelten. Dabei werde oft übersehen, dass diese Technologie einen Beitrag zur Lösung globaler Umwelt- und Entwicklungsprobleme leisten könne.

Aerni sagt: „Wir leben heute in einer ‚Wissensökonomie‘. Wir müssen lernen, besser mit knapper werdenden Ressourcen umzugehen. Da Wissen die einzige Ressource ist, die nicht knapp ist, sollte vermehrt in die Wissensproduktion und deren Nutzung für nachhaltigere Technologien investiert werden.“ Der Schutz von geistigem Eigentum durch ein Patent schaffe einen sol-

chen Anreiz. Leider hätten gerade die Investitionen in die grüne Gentechnik in Europa massiv abgenommen wegen der zunehmenden Unsicherheit, was die Zulassung solcher Produkte betrifft.



„Vielfalt ist durch Experimentierfreude entstanden.“

Philipp Aerni
–FOTO: PRENT

Die derzeit hohen Zulassungshürden könnten nur von großen Agrarfirmer überwinden werden. Kleinere Unternehmen hätten auch oft interessante Züchtungen. Sie besäßen aber vielfach nicht den nötigen langen Atem, um sie patentieren zu lassen und auf den Markt zu bringen. Aerni: „Es ist ja geradezu

Ironie, dass Gentechnik-Kritiker hohe Regulierungsaufgaben fordern, zugleich aber die Konzentration in der Industrie anprangern. Indirekt haben die Gentechnik-Gegner zur Industriekonzentration beigetragen.“

Auch die Angst, dass moderne Biotechnik zu einer Reduzierung der Vielfalt bei Agrarsorten führt, teilt er nicht. „Die Angst ist weit hergeholt.“ Zum einen müsse ein Unternehmen, das sich etwas patentieren lasse, die Technologie preisgeben. Damit stehe sie auch der öffentlichen Forschung zur Verfügung. „Und wenn es einen größeren Willen zu Partnerschaften zwischen privaten und öffentlichen Institutionen geben würde, könnte der Wissensfortschritt auch kleineren Unternehmen zugutekommen“, argumentiert der Wissenschaftler.

Er fügt hinzu, dass es Gentechnik möglich macht, gewünschte Eigenschaften direkt in lokale Sorten ein-

zukreuzen, sodass die lokal bevorzugten agronomischen und geschmacklichen Qualitäten nicht verändert werden. Dies erlaube es zum Beispiel, beliebte lokale Sorten zu retten, indem man sie virusresistent oder trockenheitstolerant mache. Das könne auch als Beitrag zur Erhaltung der agrarbiologischen Vielfalt, gerade in Zeiten des Klimawandels, verstanden werden.

Experimentierfreude

Nicht zuletzt sei es in diesem Zusammenhang sinnvoll, sich zu erinnern, wie die Vielfalt der Pflanzensorten und Tierrassen entstanden ist. Aerni: „Sie ist durch die experimentierfreudige Menschen und ihre züchterische Tätigkeit gewachsen. Und seit es die Zucht gibt, gibt es Bestrebungen, diese auch zu wirtschaftlichen Zwecken zu nutzen und somit die Früchte der Investitionen in neues Wissen zu ernten.“

Cameron will bei Obama die Wogen um BP glätten

Britischer Premier verteidigt Ölkonzern – Unternehmen steht wegen Ölpest und Ungereimtheiten bei Attentäter-Entlassung unter Druck

Washington. Der britische Premierminister David Cameron hat sich gestern in Washington um eine Entspannung des Verhältnisses zu den USA bemüht, das vom Streit um den Ölgiganten BP belastet wird. Vor einem Treffen mit Präsident Barack Obama sagte Cameron, BP habe „alles notwendige“ getan, um das Leck des Ölbohrloches im Golf von Mexiko abzudichten und Entschädigungen zu zahlen. Im Sender National Public Radio trat Cameron zugleich Vorwürfen entgegen, der

Energiekonzern habe im vergangenen Jahr eine Rolle bei der Freilassung des Attentäters gespielt, der wegen des Bombenanschlags auf eine US-Maschine über dem schottischen Lockerbie zu einer lebenslangen Haft verurteilt worden war.

Cameron wird bei seinem ersten Besuch als britischer Premier in den USA das „besondere Verhältnis“ beider Staaten aufpolieren müssen. Obwohl die von BP zu verantwortende Ölkatastrophe als auch die Freilassung des Lockerbie-Attentäters ha-

ben den Beziehungen deutliche Kratzer verpasst. Cameron wird sich bei Obama mit Blick auf die britischen Anleger für BP starkmachen müssen. Der Konzern sieht sich wegen der Ölkatastrophe mit immensen Kosten konfrontiert, die die wirtschaftliche Substanz des Unternehmens schwächen könnten.

Cameron hatte angekündigt, BP zu verteidigen. Das Unternehmen müsse stark und stabil bleiben, einerseits um Schadenersatz leisten zu können und andererseits im In-

teresse seiner Mitarbeiter und der Pensionsfonds in beiden Ländern.

Daneben fordern US-Abgeordnete eine Untersuchung, inwieweit sich BP für eine Freilassung des libyschen Attentäters von Lockerbie eingesetzt hat. Bei dem Anschlag auf einen US-Jumbojet 1988 waren 270 Menschen umgekommen, darunter 189 Amerikaner. BP hat eingeräumt, sich für die Freilassung des Inhaftierten eingesetzt zu haben, um ein Ölgeschäft mit Libyen zu bekommen. (rtr)

Rechtsbelehrung in der Muttersprache

Brüssel. Wer im europäischen Ausland Ärger mit der Polizei bekommt, soll künftig in seiner Muttersprache über seine Rechte informiert werden. Das sieht eine neue EU-Richtlinie für einen europaweiten Rechtsbrief vor, welche die EU-Kommission gestern verabschiedete. Das Bundesjustizministerium will sich für eine zügige Umsetzung der Pläne einsetzen. Danach sollen EU-Bürger bei einer Festnahme in einem der 27 Mitgliedsländer ein ausführliches Informationsblatt mit ihren Rechten in ihrer Muttersprache bekommen. (afp)

Gelöbnis in der Abendsonne

Bundeswehrosoldaten versprechen Treue und Tapferkeit – Gedenken an Widerstand

VON ALESSANDRO PEDUTO

Berlin. Rund 420 Bundeswehrosoldaten haben gestern Abend vor dem Reichstagsgebäude in Berlin öffentlich ihr feierliches Gelöbnis abgelegt. Das Zeremoniell, an dem neben Vertretern aller Bundestagsfraktionen außer der Linken auch Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) teilnahmen, fand zum dritten Mal auf dem Gelände vor dem Bundestag statt. Vor Verwandten, Freunden und Bundeswehrangehörigen gelobten die Soldaten, für Recht und Freiheit einzutreten.

Guttenberg nannte das öffentliche Gelöbnis „eine gute Tradition“. Dies zeige zum einen das Bekenntnis der Bundeswehr als Streitkräfte

in der Demokratie. Zum anderen stelle sich die deutsche Armee mit diesem Datum bewusst in die Tradition der Männer um Claus Schenk Graf von Stauffenberg, der am 20. Juli 1944 gemeinsam mit einer kleinen Gruppe von Verschwörern versucht hatte, Adolf Hitler zu töten.

Der diesjährige Hauptredner beim Gelöbnis, Ewald-Heinrich von Kleist, der als letzter lebender Mitverschwörer aus dem Kreis um Stauffenberg gilt, erinnerte die jungen Soldaten daran, dass Gehorsam klare Grenze habe. Das habe das letztlich zwar gescheiterte Attentat gezeigt, das aber dennoch notwendig gewesen sei. Denn nach Hitlers Machtantritt sei der deutsche Staat „zum Mörder geworden“. Heute könnten die Soldaten darauf vertrauen, dass niemals vergessen wer-

de, „dass Blut und Leben das höchste Gut sei“. Kleist war mehrfach im Konzentrationslager. Sein Vater war von den Nationalsozialisten in der damaligen Haftanstalt Plötzensee hingerichtet worden.

Nach Kleists Rede gelobten die Rekruten „der Bundesrepublik Deutschland treu zu dienen und das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen“. Der Platz vor dem Reichstagsgebäude, auf dem das Zeremoniell seit 2008 stattfindet, soll den Charakter der Bundeswehr als Parlamentsarmee betonen und die Soldaten symbolisch in die Mitte der Gesellschaft holen. Bis 2007 fand das Gelöbnis dagegen in etwas abgelegenen Bendlerblock im Verteidigungsministerium statt. Bereits am Nachmittag war in der Gedenkstätte Plötz-



Rekruten der Bundeswehr beim feierlichen Gelöbnis vor dem Berliner Reichstag.

–FOTO: LENNART PREISS/DDP

zensee sowie im Bendlerblock an den Widerstand gegen das NS-Regime erinnert worden. Der deutschstämmige US-Historiker Fritz Stern sagte bei einer Feierstun-

de im Bendlerblock, die Erinnerung an den Widerstand bestimme das Selbstbewusstsein der Bundeswehr. „Der Gedanke des Staatsbürgers in Uniform ist Leitfigur der Bundeswehr.“